

einem ganz anderen Werte erscheinen. Bismarck hat im Jahre 1888 auf Grund sehr schwieriger Reichstagsverhandlungen einmal erklärt, das Kolonial nur einem Mutterlande gehören können, in dem der nationale Gedanke stärker sei als der Parteigeist. An dieser Voraussetzung hat es schon in seinem Reich gemangelt, in der Weimarer Zeit hat sie vollständig gefehlt, jetzt ist sie aber durch Hitlers Einigungsgabe gegeben. Weiblich gibt es auch in unserer Zeit noch vorzüglichere Probleme zu lösen, aber vergessen und aufgegeben sind die Kolonien im Dritten Reich nicht mehr. Und je stärker der innere Wiederaufbau fortschreitet, um so dringender machen sich auch die Bedürfnisse nach einer neuen kolonialen Betätigungsmöglichkeit für das deutsche Volk bemerkbar.

Wie viel leichter wäre doch der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, wenn Deutschland nur einen Teil der Hilfsmittel seiner ehemaligen afrikanischen Schutzgebiete zur Verfügung hätte. Für eine großzügige Siedlungspolitik, deren Vorbedingungen auf deutschem Boden erst mühsam geschaffen werden müssen, stehen dort weite Landstriche offen, nachdem sich auch die hygienischen und zivilisatorischen Verhältnisse für europäische Ansiedlung seit den ersten deutschen Verträgen gänzlich gebessert haben. Welche Erleichterungen könnte und ferner eigener Kolonialbesitz bei den jetzigen Schwierigkeiten der Rohstoffversorgung bringen. Die Abwertung der Welt gegen den Außenhandel und die dadurch verurteilte Devisenknappheit hat uns zur planmäßigen Bewirtschaftung wichtiger Rohstoffe gezwungen. Die andere wäre die Vage, wenn wir wenigstens einen Teil davon, Wolle, Baumwolle und andere Metalle, aus eigenen Kolonien beziehen, auf deutschen Schiffen holen und mit deutscher Währung durch deutsche Arbeit bezahlen könnten! Und neben den wirtschaftlichen Erwägungen gewinnt im Zeitalter des neuerstandenen nation-

alen Verstandes auch die geistliche Seite des Kolonialproblems an Bedeutung; denn es gibt für die Charakterbildung junger, tatkräftiger, in der Lage der Heimat gekennnter Menschen keine bessere Schule als das kämpferische Leben in den weiten Kolonialräumen. Dort holen sich die Engländer und die Franzosen erhöhtes Selbstbewußtsein und Weltgewandtheit, dort wächst ihnen immer wieder die tatkräftige Führerschaft der Kolonialpioniere heran.

Die moralische Gleichberechtigung auch auf diesem Gebiet wird heute Deutschland nirgends mehr ernstlich bestritten. Vorschläge, wie man dem Reiche den ihm zuzehörenden Anteil am afrikanischen Zivilisationswert einräumen könnte, tauchen überall auf; sie haben nur alle den einen Nachteil, daß jeder Mandatar eines früheren deutschen Kolonie dem anderen Vorwürfe zumutet und keiner selbst den Anfang machen will. Nach dem Friedensvertrag ist in erster Linie der Völkerbund für die Fragen der deutschen Kolonien zuständig, und das ist in diesem Fall insofern von Vorteil, als gar keine Veränderung der Verträge, sondern nur eine Neuregelung der Kolonialmandate notwendig ist, um Deutschland zu seinem Recht zu verhelfen. Die großen Werte die Rechte, insbesondere Frankreich und England, auf die deutsche Mitarbeit in Genuß legen, haben sie jedoch wieder in den Völkern über die Ostfrage zum Ausdruck gebracht. Vorläufig steht es aber nicht so aus, als ob die Frage der deutschen Mitarbeit, deren Erörterung Hitler bekanntlich von der praktischen Anerkennung der westpolitischen Gleichberechtigung Deutschlands abhängig gemacht hat, bald spruchreif würde. Wenn es jedoch über kurz oder lang soweit kommen sollte, dann wird wahrscheinlich auch über die koloniale Gleichberechtigung Deutschlands und ihre Verwirklichung ein entscheidendes Wort zu sprechen sein.

sondern die Betriebe müssen heimstätten sein für alle, die in ihnen schaffen. Hieran mitzuarbeiten ist unser aller Pflicht. Der Sieg der nationalsozialistischen Revolution war der Sieg der Vernunft über die Unvernunft; wir wollen nichts anderes als die Menschen wieder vernünftig denken lassen. Im täglichen Leben erkennt jeder an, daß die Vernunft zu bestehen muß. Die einfachen Erfindungen des täglichen Lebens, die richtig sind in der Familie, sind es auch im Betrieb und schließlich im Staat. Vernunft ist das Maß für die Vernunft und der Vernunft. Wir haben alle mehr oder weniger den gesunden Instinkt verloren, und je mehr jemand jemand gemacht hat, desto weniger Instinkt war meistens vorhanden. Erst im Kriege, im Unheil, in gemeinsamen Schicksal fand sich wieder der gesunde Instinkt, zur Vernunft. Auf dem Gemeinschaftsprinzip muß auch das Wirtschaftssystem aufgebaut sein. Wir wünschen vom Betriebsführer, daß er wieder in den Betrieb geht und seine Arbeiter verstehen und begreifen lehrt. Den Rest des Standesbewußtseins und des Klassenbesses müssen wir austreiben. Der Betriebsführer, der in diesem Sinne Sozialist ist, wird auch ein wahrer Wirtschaftsführer sein.

Die Lösung der sozialen Frage ist viel weniger eine Lohn- und noch viel weniger eine Frage des Taktes.

Es kommt darauf an, den Arbeitern gegenüber den nötigen Takt aufzubringen zu können. Takt ist eine Frage des Werts und der Rasse; wer ihn besitzt als verantwortlicher Wirtschaftler, findet auch Widerhall in den Herzen und schafft dadurch den nötigen Kontakt. Dazu kommt der gemeinsame Begriff der Ehre. Es war im Volke schlecht bestellt, solange jeder Stand eine besondere Ehre hatte; Menschen gleichen Grades und gleicher Rasse dürfen darin nur eine Auffassung haben, seien sie Arbeiter oder Akademiker, Betriebsführer oder Angestellte. Ehre ist nichts weiter als Charakter. Ganz gleich, auf welchem Posten ein Nationalsozialist stehen mag, er hat nur eine Aufgabe, mitzuarbeiten an der Bildung der Gemeinschaft seines Volkes. Es gibt nur noch zwei Fronten in Deutschland, die Front der anhänglichen und die Front der unanhänglichen Menschen. Wir werden nicht raufen, bis die unanhänglichen Elemente ausgerottet und vernichtet sind.

Wer in Deutschland etwas leistet, der hat auch das Recht für seine Leistungen Forderungen an das Leben zu stellen.

Aber das Forderung hat dort eine Grenze, wo die Gemeinschaft beginnt.

Das gilt für den Betriebsführer wie für die Gefolgschaft. Der Arbeiter hat nicht jahreslang gefämpft um eine Besoldung, um ein paar Pfennig mehr oder weniger, sondern um die Anerkennung seiner Ehre und um die Liebe zu seinem Vaterland. Wir geben den Weg zur Gemeinschaft. Wir werden immer wieder die Vernunft lehren. Wir haben gefämpft, damit Deutschland lebe, und wir geben nicht eher Ruhe, als bis alle anhänglichen Deutschen Nationalsozialisten geworden sind.

Braunfelder Beifall riefte auf, als Dr. Ley geendet hatte, und wieder und wieder war seine Rede von förmlicher Zustimmung unterbrochen worden. Ein dreifaches Heil auf den Führer und das Fort-Wesell-Heil beschloßen die mächtige Kundgebung.

Vorwärts zur Betriebs- und Volksgemeinschaft

Von unserem nach Chemnitz entsandten Dr. R. B.-Redaktionsmitglied

Staatsrat Dr. Ley vor den sächsischen Betriebsführern

Chemnitz, 23. April. Die riesige Saalhalle, die dem Dresdner Amtsvolkern von der Verleihung der bekannt ist, war schon lange vor Beginn der Kundgebung bis auf den letzten Platz gefüllt von Betriebsführern aus ganz Sachsen und Gefolgschaften. Weit über 10 000 Personen fanden keinen Einlass mehr, so daß Parallelveranstaltungen im Capitol und anderen großen Chemnitzer Sälen stattfinden mußten. Die Saalhalle, die 5000 Personen faßt, war wieder geschmückt mit zahllosen Dakenkreuzen, einem riesigen silbernen Dakenkreuz und Spruchbändern wie „Adolf Hitler ist unser Vorbild, ihm nachzustreben ist unsere Pflicht“. Fast unauffällig, durch einen Seiteneingang, betrat der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Staatsrat Dr. Ley, die Halle. Mit ihm erschienen Reichsstatthalter Müschmann, Wirtschaftsminister Lent, der Treuhänder Arbeit für Sachsen, Stiebler, der Bezirksleiter der DAF, und Betriebsstellenobmann Veitich und Reichsleiter der RSD, Schuhmann. Heulrufe begrüßten die Eintretenden. Dann hielt an die hundert Fahnen ihren Einsatz. Der Bezirksleiter der DAF, Veitich, eröffnete die Kundgebung. Als erster nahm Reichsstatthalter Müschmann

das Wort, mit lebhaftem Beifall empfangen. In knappen Sätzen kennzeichnete er als wichtigste Aufgabe der Gegenwart die, wieder Brot zu schaffen für diejenigen, die noch kein haben. Ziel der Reise Dr. Lays sei es, immer in engerer Fühlung mit dem Volke in den Betrieben die Gemeinschaft herausstellen, die der Nationalsozialismus verlangt. Der Reichsstatthalter begrüßte es, daß Dr. Ley heute hier gerade in einem Rohstoffgebiet in einer so riesigen Versammlung sprechen könne. Dann sprach

Staatsrat Schuhmann

Wir leben, führte er aus, in einer Zeit der Umwertung aller Werte, in der das, was Jahrzehnte hindurch für richtig gehalten wurde, als falsch bezeichnet wird. Die Zeit des liberalistischen Denkens ist ein für allemal vorbei. In ihren Organisationen fanden sich Arbeiter und Arbeitnehmer schroff gegenüber, der Betriebsführer kam nicht mehr zur Geltung und der Arbeiter sah in ihm seinen Gegner. Das hört auf in unserem Staat. Wir wollen ein gemeinsames Zusammenhalten aller Menschen eines Betriebes, gleichgültig an welcher Stelle der einzelne seinen Platz einnimmt. Erreichen wir das, dann wird sich auch Deutschland wieder den Platz an der Sonne erobern. Deshalb ist es notwendig, daß Kleinlichkeit verschwindet und Mißtrauen und trennende Schranken niedriger werden. Wir wollen Aufbauarbeit leisten in gegenseitigem Vertrauen. Ueber eins sind wir und alle klar geworden: Alle haben wir heute unbedingt Vertrauen zu unserem Führer, denn mit Adolf Hitler sind wir alle, ohne Adolf Hitler sind wir nichts!

Ein Beifallsturm sondergleichen brach auf, als nun der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley,

ans Mikrophon tritt. Eingang weist er hin auf den bevorstehenden 1. Mai. Man kenne seine Rasse und seinen Tag, führte er aus, der so in der Vorweggenommenheit unseres Volkes hineingreift wie gerade dieser. Heute noch sind in allen Ecken Deutschlands Gebirge mit ihm verflochten, die Symbolhaft das erwachende Leben, den Frühling und nicht zuletzt die Gemeinschaft verkörpern. Dieser Tag der Freude war ausgerechnet vom Marxismus in Anspruch genommen worden als Tag des Klassenkampfes und Klassenbesses, der Zerklü-

tuna, Verpaltung, des Feinds, der Rot. Bis dann der Nationalsozialismus kam und Adolf Hitler den 1. Mai zum Nationalfeiertag erhob. Der vorläufige 1. Mai war noch nicht die Vollendung dessen, was man erreichen wollte, denn bei manchem, der wohl mitging, lebte doch noch das Dera. In diesem Jahr aber sollte der 1. Mai ein Feiertag der Gemeinschaft, des Lebens, der Sonne, aus dem Herzen heraus werden. Der Nationalsozialismus ist keine Angelegenheit der brutalen Gewalt, sondern will, bevor er Gewalt macht, daß der Sinn dieser Gewalt vom Volke verstanden wird. Der Staat von Weimar verbrach, weil das Volk ihn nicht mehr wollte. Erst wenn das Volk Anteil genommen hat an den zu lösenden Aufgaben, geht der Nationalsozialismus her und gibt die Gedanken in Gesetzesform.

Einem Staat führen bedeutet eine gewaltige Erziehungs- aufgabe, die nicht am Schreiendsten gelöst werden kann. In die Betriebe darf kein Kampf hineingetragen werden.

England will in Japan vorstellig werden

Erregung im Unterhaus über den Kontrollanspruch Tokios über China

London, 23. April. Die japanische Darlegung über die Politik Japans im Fernen Osten, die hier allgemein als Kontrollanspruch über Chinas Außenpolitik ausgelegt worden ist, hat im Parlament zu einer großen Zahl von Anfragen geführt.

Da Sir John Simon nicht jede Anfrage einzeln beantworten konnte oder wollte, lasste er sechs Anfragen zusammen und teilte mit, daß er den Wortlaut der Uebersetzung der Mitteilung des Vorsitzers des japanischen Außenministeriums an die japanische Presse im amtlichen Bericht im Umlauf setzen werde. Simon erklärte ferner: „Diese Erklärung scheint einzuweisen zu sein durch die Behauptung vor gewissen Gefahren für den Frieden, für gute Beziehungen zwischen China und Japan oder für die Unverletzlichkeit Chinas, die sich aus gewissen Handlungen anderer Mächte in China ergeben könnten.“

Keine dieser Gefahren braucht befürchtet zu werden insofern der Politik der britischen Regierung, die tatsächlich darauf hinstrebt, sie zu vermeiden. Andererseits sind der Charakter der Erklärung und gewisse Einzelheiten, wie z. B. die Bezugnahme auf Einwendungen gegen japanische Unterstellungen an China zu beklagen, daß ich es für notwendig gehalten habe, mich mit der japanischen Regierung in Verbindung zu setzen, um den Standpunkt der britischen Regierung klarzustellen.“

Den Ausführungen Simons folgten weitere Fragen. Ein Mitglied wollte wissen, ob eine Beratung mit den anderen Unternehmern des Neumächtepaktes erfolgen werde. Ein anderes Mitglied fragte, ob ein Gedankenaustausch mit den Vereinigten Staaten stattfinden werde. Simon wich diesen Anfragen aus, indem er erklärte, seine Erklärung habe die Entwidlung bis zum gegenwärtigen Augenblick dargestellt. Auch diese Neuerungen Simons konnten die Mitglieder des Unterhauses nicht völlig befriedigen, die zum Teil für direkte Vorstellungen gegenüber Japan ohne Umweg über Washington eintraten.

Simon ergriff sich noch einmal zu einer Schlussantwort und

stellte fest, daß vorläufig der richtige Weg die erfolglose diplomatische Mitteilung an die japanische Regierung sei.

Der chinesische Gesandte bei Simon

Peking, 23. April. Der chinesische Gesandte, der am Montag im Unterhaus von der Tribüne die Antworten Simons zur japanischen Politik im Fernen Osten angehört hatte, sprach später beim Staatssekretär des Außenwesens vor und hatte mit ihm eine Besprechung über die Lage.

„Offene Tür in China - Grundpfeiler der USA-Politik“

Washington, 23. April. Die freimütige Schilderung der japanischen Politik in China durch den japanischen Botschafter Saito hat in amtlichen Kreisen große Aufmerksamkeit erregt und dürfte im Kongress den Anlaß einer größeren Aussprache geben. In Washington weist man darauf hin, daß im Neun-Mächte-Pakt, der im Februar 1922 in Washington abgeschlossen wurde, die Vereinigten Staaten, Japan und sechs andere Mächte freimüßig verpflichtet hätten, Chinas Souveränität, seine Unabhängigkeit, seine räumliche und verfassungsmäßige Unverletzlichkeit zu achten und in China keine Sonderrechte anzustreben, die den Grundpfeiler der offenen Tür für die Handelstreibenden aller Nationen verletzen würden. Man fügte in Washington hinzu, daß seit Beginn der Amicitiepolitik Roosevelts die amerikanische Regierung zwar in seiner Weise mehr zu den asiatischen Fragen Stellung genommen habe, daß dies aber keineswegs einen Verzicht auf den Grundpfeiler der offenen Tür, der von fundamentaler Bedeutung sei, gleichsetze. Dieser Grundpfeiler, wie Außenminister Stimson seinerzeit erklärt habe, neben der Monroe-Doktrin einer der Grundpfeiler der amerikanischen Außenpolitik.

Das mißverständene Japan

Genf, 23. April. Der japanische Generalkonsul in Genf hat heute nachmittag vor den Vertretern der Auslandspresse eine Erklärung abgegeben, in der er es für notwendig erklärte, die Mißverständnisse zu beseitigen, die durch die falsche Auslegung der Ausführungen des japanischen Außenministeriums vom 17. April entstanden sind. Er machte darauf aufmerksam, daß es nach wie vor der Wunsch Japans sei, China in freundschaftlicher Weise in seinem Aufbau zu helfen. China bezeuge jedoch dabei oft durch die inneren Kämpfe großen Schwierigkeiten, und die Anhänger einer anti-japanischen Bewegung hätten sich verschleudert der Hilfe dritter Mächte bedient, um Kampfmittel gegen ihre Gegner zu bekommen, was eine latente Gefahr für den nationalen Frieden in Ostasien bedeute. Japan habe die Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens im Fernen Osten in Zusammenarbeit mit China. Es strebe keinen Hegemonie in China an, wolle vielmehr das Prinzip der offenen Tür verfolgen, um allen Völkern den ungehinderten und freien Handel zu ermöglichen. Seine Politik sei von jeder Bestrebung, auf der Aufrechterhaltung der Ordnung im Fernen Osten beizutragen. Das Vorgehen Japans in der Mandchurei sei ebenfalls, obwohl oft mißverstanden, nach japanischer Ansicht das beste Mittel gewesen, Ordnung und Frieden in diesem Teil der Welt zu sichern.

Zwei Anaben im Salsammergut tödlich abgestürzt. Zwei Anaben, die bei Obenke im Salsammergut auf einen Felsen gestürzt waren, um Blumen zu pflücken, sind tödlich abgestürzt.

Spende des Reichsbundes der deutschen Beamten. Am Geburtstag des Führers hat der Reichsbund der deutschen Beamten dem Führer als Ausdruck der freudigen Teilnahme an seinem Geburtstag den Betrag von 50 000 Reichsmark für die Verringerung der allgemeinen Not zur freien Verfügung gestellt.

Barthou feiert Polen als Großmacht

Erklärungen vor der Presse

Paris, 23. April. Außenminister Barthou empfing am Montag die in- und ausländische Presse in der französischen Botschaft. In mehr als halbstündigem Vortrag hielt er sich, abgesehen von propagandistischen Wendungen zugunsten Frankreichs und seiner jetzigen Regierung, allgemein im Rahmen der Erklärungen, die er in seiner Ansprache bei dem Festessen gemacht hat. Barthou sagte u. a., er könne noch keine bestimmten Erklärungen abgeben, da er bis jetzt nur aus allgemeinen Unterredungen geführt, über Einzelheiten jedoch noch nicht gesprochen habe. Er sprach dann viel über den großen Aufschwung und die glänzende Entwicklung Polens und bezeichnete das Land zweimal als Großmacht.

Das polnisch-französische Bündnis sei unzerstörlich und von dem deutsch-polnischen Abkommen in keiner Weise beeinträchtigt

worden. Meinungsverschiedenheiten könne es auch zwischen besten Freunden. Ein Bündnis sei ein Abkommen, das unter ebenbürtigen Partnern mit den gleichen Verpflichtungen abgeschlossen sei. Wenn das deutsch-polnische Freundschafts-abkommen dem Frieden diene, wie könne Frankreich etwas dagegen sagen, da es doch selbst nur den Frieden wünsche. Barthou ging dann auf die Weisheit der Brüderung an ein. Es sei widersinnig, daß Frankreich abrüsten solle, wenn Deutschland aufrüste. Dann könnten mit den gleichen Forderungen auch Bulgarien und Ungarn kommen.

Frankreich könne, sagte er zum Schluß, keine Opfer bringen, ohne daß seine Sicherheit gewährleistet sei. U. a. hielt es Barthou noch für notwendig, nach 15 Jahren seit dem Abschluß des Weltkrieges zu erklären, daß er keinen Unterschied zwischen Sieger und Besiegten mache und daß er Minister des Friedens sei.

Mit einer solchen rhetorischen Aufhebung der Scheidung zwischen Siegern und Besiegten ist Deutschland leider nicht geneigt, solange in der praktischen Politik die entsprechenden Forderungen nicht gezogen werden. Auch die polnischen Beschwärden geben ja davon aus, daß Polen zwar in Worten als Großmacht anerkannt, aber in der Praxis nicht dementsprechend behandelt wird. Interessant ist übrigens, daß Barthou unter den entworfenen Staaten neben Bulgarien und Ungarn Desterreich nicht mit aufzählt und dem Lande Desterreich damit offenbar eine Sonderstellung zuweist.

1 1/2 stündige Unterredung mit Mikulski

Paris, 23. April. Am Montagnachmittag wurde Barthou von Mikulski besucht. Mikulski empfing ihn in der Besprechung, die etwa 1 1/2 Stunden dauerte, nahm Außenminister Barthou, der stellvertretende Außenminister Gembeck und der französische Vizekonsul teil. Es wurde lediglich eine kurze allgemeine Unterredung ausgegeben, die aber nichts über den Inhalt der Unterredung sagt. Auch französische Kreise schweigen man sich aus.

Die feischen aking

Die feischen aking

Die feischen aking

Die feischen aking

Die feischen aking

Die feischen aking